

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 13

Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik

im Herbst 1960

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1960

Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik

im Herbst 1960

von

Prof. Dr. Franz Nemschak
Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1960

Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960

Gliederung

	Seite
Hauptmerkmale der gegenwärtigen Konjunktur	5
Weniger steil und kürzer als der Aufschwung 1953/55	6
Starke Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven	8
Verhältnismäßig hoher Anteil der Binnenkonjunktur an der Gesamt- expansion, mit Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz	9
Wirtschaftspolitische Beurteilung der Konjunktur	11
Binnenwirtschaftlich ist die Konjunktur angespannt, aber nicht überhitzt	11
Außenwirtschaftlich bereitet die Zahlungsbilanz Sorge	12
Instrumente der Konjunktursteuerung	17
Förderung des privaten Sparens wünschenswert	17
Konjunkturorientierte Budgetpolitik erfordert für 1961 mindestens ein ausgeglichenes Budget	18
Bemerkungen zur gegenwärtigen Budgetproblematik	21
Geld- und kreditpolitische Maßnahmen wichtig, aber nur beschränkt wirksam	22

Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Vortrag gehalten anlässlich der XIII Österreichischen Betriebswirtschaftlichen Woche in Wien am 20. Oktober 1960 (Großer Festsaal der Wiener Messe A G)

Drei eng miteinander verknüpfte Themen stehen heute im Mittelpunkt der österreichischen Konjunkturpolitik. Das erste dreht sich um eine möglichst zutreffende Diagnose der Konjunkturlage. Ich werde daher zuerst die *Hauptmerkmale der gegenwärtigen Konjunktur* in groben Umrissen skizzieren. Meine Diagnose wird eine *wirtschaftspolitische Beurteilung der Konjunktur* ermöglichen, eine Antwort also auf die Frage, ob und unter welchen Aspekten die Konjunktur bereits als überhitzt oder überspannt anzusehen ist. Den wirtschaftspolitischen Praktiker schließlich werden einige Überlegungen zu den *wirtschaftspolitischen Methoden der Konjunktursteuerung* interessieren.

Hauptmerkmale der gegenwärtigen Konjunktur

Die jüngste Phase der Konjunkturentwicklung, die im Frühjahr 1959 begann, ist durch bestimmte allgemeine Merkmale, wie steigende Produktion und Beschäftigung, rückläufige Arbeitslosigkeit, wachsende Kreditnachfrage, Spannungen im Preis-Lohn-Gefüge usw., gekennzeichnet, die in allen Aufschwungsphasen zu beobachten sind und das Wesen der Konjunktur ausmachen. Daneben trägt jedoch der gegenwärtige Konjunkturaufschwung besondere Züge, die ihn deutlich von

Aufschwungsphasen früherer Perioden unterscheiden und ihn zu einem *einmaligen* historischen Ereignis stempeln. Diese besonderen Merkmale lassen sich vielleicht am besten erkennen, wenn man ihn mit dem letzten Konjunkturaufschwung der Jahre 1953/55 vergleicht. Andere Konjunkturerfahrungen der Nachkriegszeit liegen nicht vor. Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft nach dem Krieg — die langsame Wiederbelebung in den ersten Nachkriegsjahren, dann die stürmische Aufbauperiode im Zeichen des Marshallplanes von 1948 bis 1951, in der das Sozialprodukt jährlich durchschnittlich um 22% wuchs, Preise und Löhne um 130 bis 150% stiegen und die laufende Zahlungsbilanz einen jährlichen Abgang von durchschnittlich 220 Mill. \$ hatte, und schließlich die Phase der Stabilisierung der österreichischen Währung von Ende 1951 bis Mai 1953 — diese Ereignisse waren so anomal, daß man aus ihnen keine Konjunkturerfahrungen schöpfen kann. *Von einer österreichischen Konjunktur mit einigermaßen typischen Aufschwüngen und Verflachungen* (wirkliche Rückschläge hat es bisher nicht gegeben) *kann man erst seit 1953 sprechen*. Hier aber lassen sich zwischen dem gegenwärtigen Aufschwung und dem Aufschwung 1953/55 einige interessante und aufschlußreiche charakteristische Unterschiede erkennen, die ich im folgenden etwas näher beleuchten möchte.

Weniger steil und kürzer als der Aufschwung 1953/55

Der Konjunkturaufschwung 1959/60 *verlief weniger steil* als der von 1953/55 und *näberte sich früher seinen realen Grenzen*. Während 1954 und 1955 das reale Nationalprodukt um 10% und 11% gesteigert werden konnte und das Wachstumstempo erst im Laufe des Jahres 1955, also mehr als zwei Jahre nach Beginn der Konjunkturbelebung, nachgelassen hatte, dürfte das Nationalprodukt heuer um knapp 6% höher sein als im Vorjahr, wobei sich schon im Sommer — bereits 15 Monate nach Beginn des Aufschwungs — eine Verflachung abzeichnete. Für 1961 muß bereits mit einer geringeren Wachstumsrate gerechnet werden.

Der im Vergleich zum Aufschwung 1953/55 geringere Wachstumsspielraum der österreichischen Wirtschaft hat *verschiedene Ursachen*. Zunächst ist der jetzigen Konjunkturbelebung kein wirklicher Rückschlag oder auch nur eine milde Rezession vorausgegangen, sondern höchstens eine konjunkturelle Atempause, in der die Wirtschaft auf

hohem Niveau verharrte. Im I. Quartal 1959, als der neue Aufschwung begann, waren Industrieproduktion und Nationalprodukt annähernd gleich hoch wie im I. Quartal 1958, die Zahl der Beschäftigten lag um 18.700 oder 0,9% darüber. Im I. Quartal 1953 dagegen, am unteren Wendepunkt des letzten Konjunkturzyklus, waren das Nationalprodukt um 3%, die Industrieproduktion um 7% und die Zahl der Beschäftigten um 73.000 oder 3,9% niedriger als ein Jahr vorher.

Weiters ist zu berücksichtigen, daß in den letzten zwei Jahren schwache Geburtenjahrgänge die Schule verließen. Das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften stieg 1959 nur um 20.800 Personen und dürfte 1960 nach den bisher vorliegenden Zahlen etwa gleich stark zunehmen, obwohl viele Menschen aus der Landwirtschaft in gewerbliche Berufe abwanderten und die günstige Arbeitslage Kräfte anlockte, die unter weniger vorteilhaften Bedingungen dem Arbeitsmarkt ferngeblieben wären. 1954 und 1955 dagegen hatten besonders viele Jugendliche die Schule verlassen, so daß in diesen beiden Konjunkturjahren 37.800 und 54.200 neue Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt zuströmten, also fast dreimal so viel wie 1959/60.

Schließlich werden die Wachstumsmöglichkeiten durch einen langfristigen Trend *sinkender Kapitalproduktivität begrenzt*. Während im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1956 Bruttoinvestitionen von 1 Mrd. S eine Vermehrung des Nationalprodukts um mehr als 300 Mill. S ermöglichten, erlaubte in den letzten Jahren die gleiche Investitionssumme nur eine Produktionssteigerung um 180 Mill. S. Die sinkende Tendenz der Kapitalproduktivität erklärt sich aus der zunehmenden Normalisierung der Wirtschaft und ihrer wachsenden Kapitalintensität. Zu Beginn der Fünfzigerjahre war der Produktionsapparat meist noch lückenhaft und zusätzliche Investitionen in Engpaßbereichen ermöglichten daher eine ungewöhnlich hohe Produktionssteigerung. Außerdem hatten zahlreiche Betriebe noch einen veralteten Maschinenpark. (Die Anlagen stammten zum Teil noch aus der Zwischenkriegszeit und in einzelnen Fällen sogar aus der Zeit der Monarchie.) Diese Betriebe konnten ihre technische Effizienz sprunghaft steigern, indem sie alte Anlagen durch moderne Maschinen ersetzten. Die marginale Kapitalproduktivität (das Verhältnis von Produktionszuwachs zu Kapitalzuwachs) lag daher in diesen Jahren weit über dem internationalen Durchschnitt. Diese einmaligen Quellen der Produktivitätssteigerung sind jedoch weitgehend erschöpft. Dazu kommt, daß die österreichische Wirtschaft mit steigender Kapital-

intensität und anhaltend hoher Investitionsrate mehr und mehr in die Zone abnehmender Ertragszuwächse gerät, ohne daß der laufende technische Fortschritt diese Tendenz voll kompensieren könnte.

Starke Ausschöpfung der Arbeitskraftreserven

Neben dem verhältnismäßig geringen Wachstumsspielraum, der die gegenwärtige Konjunktur von der Konjunktur 1953/55 unterscheidet, möchte ich die *ungewöhnlich hohe Ausschöpfung der verfügbaren Arbeitskraftreserven* als ein *zweites* charakteristisches Merkmal der gegenwärtigen Situation bezeichnen. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitssuchenden erreichte Ende August im Saisonhöhepunkt den für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich niedrigen Stand von 44.300 Personen. Davon war etwa die Hälfte nur beschränkt vermittlungsfähig. Die Rate der Arbeitslosigkeit betrug 2,2%. Im Saisonhöhepunkt des Konjunkturjahres 1955 dagegen hatte es 65.400 Arbeitssuchende gegeben und die Rate der Arbeitslosigkeit hatte damals 3,8% betragen, obwohl damals die Konjunktur im ganzen viel stärker angespannt war. Daß diesmal die verfügbaren Arbeitskraftreserven besser ausgenützt werden konnten als in der übersteigerten Hochkonjunktur 1955, kann großteils damit erklärt werden, daß die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitsplätze in den letzten Jahren rascher gewachsen ist als die Gesamtzahl der verfügbaren Arbeitskräfte.

Im Jahre 1955 war — ähnlich wie in unterentwickelten Ländern — Kapital im Verhältnis zu den Arbeitskräften knapp. Der meist noch lückenhafte Produktionsapparat reichte nicht aus, die verfügbaren Arbeitskräfte unter normalen Marktbedingungen (freie Konsumwahl und Preisbildung, annähernd stabile Währungsverhältnisse) voll zu beschäftigen. Die Produktion geriet daher bei steigender Nachfrage in Kapazitätsengpässe, *bevor* noch die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte voll ausgeschöpft wurde. Dank den anhaltend hohen Investitionen in den letzten Jahren (zum Teil auch infolge des geringeren Zustroms von Arbeitskräften und der Verkürzung der Arbeitszeit) haben sich jedoch die Knappheitsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit verschoben und die Produktion wird im allgemeinen nicht mehr durch die sachlichen Produktionsmittel, sondern wie üblicherweise in entwickelten Volkswirtschaften durch die Zahl der einsatzfähigen Arbeitskräfte begrenzt. Dadurch kann ein höherer Beschäftigungsgrad bei geringerem

inflationistischen Auftrieb und geringeren Spannungen auf den Warenmärkten erreicht werden als in der Vergangenheit.

Die Knappheit an Arbeitskräften schafft allerdings ernste Probleme, vor allem für stark expandierende Zweige, die ihren Bedarf zu einem namhaften Teil so befriedigen, daß sie Arbeitskräfte aus minderproduktiven oder minderexpansiven Zweigen abziehen. Dieser Umschichtungsprozeß ist gegenwärtig in vollem Gange. Vor allem die Industrie, die in den Jahren 1958 und 1959 zahlreiche Arbeitskräfte an andere Wirtschaftszweige abgegeben hatte, muß ihren nunmehr wieder stark steigenden Arbeitskräftebedarf teils durch landwirtschaftliche Arbeitskräfte und teils durch Abwerbung aus dem Gewerbe decken. Der Industrie gelingt das jedoch nicht immer reibungslos, obwohl sie zumeist höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen bietet als das Gewerbe.

Verhältnismäßig hoher Anteil der Binnenkonjunktur an der Gesamtexpansion, mit Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz

Als *drittes* Merkmal der gegenwärtigen Konjunktur scheint mir das *Verhältnis zwischen Binnenkonjunktur und Exportkonjunktur* charakteristisch zu sein. Auch auf diesem Gebiet ist ein Vergleich mit dem letzten Konjunkturzyklus aufschlußreich. Im Jahre 1952 war die Konjunkturdämpfung hauptsächlich eine unvermeidliche Folge der Stabilisierungspolitik und damit überwiegend durch binnenwirtschaftliche Faktoren bedingt gewesen, während der Konjunkturaufschwung im Jahre 1953 zunächst fast ausschließlich vom Export ausging, der aus der aufstrebenden Weltkonjunktur, der Vereinheitlichung der Wechselkurse und von steuerlichen Exportförderungsmaßnahmen einen ungewöhnlich kräftigen Auftrieb erhielt und viel stärker expandierte als der Export anderer westeuropäischer Länder. Die Binnenkonjunktur dagegen und damit auch der Importbedarf blieben bis Anfang 1954 ziemlich schwach. Diese asymmetrische Verteilung der Konjunkturschwerpunkte — zunächst Dämpfung von der Binnenwirtschaft aus und dann Belebung vom Außenhandel her — bewirkte in kurzer Zeit eine dramatische Wende in der österreichischen Zahlungsbilanz. Hatte die Ertragsbilanz 1951 noch ein Defizit von 176 Mill. \$, das hauptsächlich durch ERP-Hilfe gedeckt worden war, so konnten in den Jahren 1953 und 1954 bereits Überschüsse von 71 Mill. \$ und 68 Mill. \$ erzielt werden. Österreich war in überraschend kurzer Zeit von ausländischer Hilfe un-

abhängig geworden und konnte namhafte Devisenreserven anlegen. Erst im Laufe des Jahres 1954 begannen unter dem Einfluß der allmählich stärkeren Binnenkonjunktur und der Liberalisierung die Importe stärker zu steigen und der darauffolgende hektische Investitionsboom ließ 1955 die Zahlungsbilanz vorübergehend wieder passiv werden.

In dem gegenwärtigen Konjunkturzyklus jedoch, dessen Höhepunkt wir uns nähern, waren die Akzente von vornherein anders verteilt. Die leichte Konjunkturdämpfung 1958 ging ausschließlich von der Außenwirtschaft aus, während die Binnenkonjunktur dank einer zielstrebigem Konjunkturpolitik fast unberührt blieb. Die Stützung der Binnenkonjunktur hatte zunächst keine Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz, da die Importpreise infolge der Baisse auf den internationalen Rohwarenmärkten stark zurückgingen. *Real* entstand jedoch bereits 1958 eine Schere zwischen Exporten und Importen. Während das Exportvolumen um 4% sank, nahm das Importvolumen um 2% zu. Die Belebung der Weltkonjunktur hat zwar seit Anfang 1959 auch dem österreichischen Export wieder neuen Auftrieb gegeben. Die Ausfuhr stieg jedoch nicht nur viel schwächer als in den Jahren 1953 bis 1955, sondern blieb auch aus Gründen, die im einzelnen noch geklärt werden müssen, hinter der westeuropäischen zurück. Im II. Quartal 1960 waren die (saisonbereinigten) Exporte in Österreich nur um 15%, im westeuropäischen Durchschnitt aber um 22% und in den EWG-Staaten sogar um 29% höher als im letzten Konjunkturjahr 1957. Gleichzeitig erhielt jedoch die Binnenkonjunktur durch die staatliche Defizitfinanzierung und die hohe Liquidität des Kreditapparates schon in den ersten Phasen des Aufschwungs starke Impulse und übte einen starken Einfuhrsog aus. Die Schere zwischen Exporten und Importen, die sich schon während der Konjunkturdämpfung 1958 abzeichnete und damals nur durch die Verbesserung der Austauschverhältnisse im Außenhandel überdeckt wurde, vergrößerte sich mit fortschreitendem Aufschwung zusehends. Im Durchschnitt der Monate April bis August wurden wertmäßig 24% mehr Güter importiert, aber nur 17% mehr exportiert. Der Einfuhrüberschuß betrug im Durchschnitt 560 Mill. S pro Monat und war um 75% größer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Da überdies die Fremdenverkehrssaison relativ mäßig ausfiel und die Kapitaleinfuhr versiegte, verlor die österreichische Wirtschaft im 1. Halbjahr 1960 1,3 Mrd. S valutarische Bestände. Bis Jahresende ist mit einem Zahlungsbilanzdefizit von etwa 2 Mrd. S zu rechnen.

Ich fasse zusammen. Der gegenwärtige Konjunkturaufschwung unterscheidet sich von dem der Jahre 1953 bis 1955 vor allem durch *drei Merkmale*: durch einen *geringeren Wachstumsspielraum*, der nur eine verhältnismäßig bescheidene Steigerung des Nationalproduktes zuläßt, durch einen *höheren Grad der Vollbeschäftigung*, der vor allem einer besseren strukturellen Ausgeglichenheit der Wirtschaft zu danken ist, und durch einen *verhältnismäßig hohen Anteil der Binnenkonjunktur an der Gesamtpansion* mit unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz.

Wirtschaftspolitische Beurteilung der Konjunktur

Ich frage: *Kann man die gegenwärtige Konjunktur im großen und ganzen noch als störungs- und spannungsfrei bezeichnen, oder häufen sich bereits Überhitzungserscheinungen, die zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen nahelegen?*

Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten, da die Antwort verschieden ausfällt, je nach den Maßstäben, mit denen man die Konjunktur mißt. Im allgemeinen werden *drei Kriterien* zur Beurteilung von Konjunkturübersteigerungen herangezogen: Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf den heimischen Märkten für Waren und Produktionsfaktoren (hauptsächlich Arbeitskräfte); die Entwicklung von Preisen und Löhnen; Stand und Entwicklung der Zahlungsbilanz.

Binnenwirtschaftlich ist die Konjunktur angespannt, aber nicht überhitzt

Die beiden ersten Kriterien erlauben kein eindeutiges Urteil. Gewiß leidet die österreichische Wirtschaft gegenwärtig unter einem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften. Die Zahl der offenen Stellen war — wenn man von den untypischen ersten Nachkriegsjahren absieht — noch nie so groß und die Zahl der vorgemerkten Arbeitsuchenden noch nie so niedrig wie heuer im Sommer. In den westlichen Bundesländern ist das Stellenangebot in fast allen Berufen und in den östlichen Bundesländern in wichtigen Schlüsselbereichen größer als die Zahl der voll einsatzfähigen Arbeitskräfte. Trotz der Knappheit an Arbeitskräften hat sich jedoch die *Produktion* bisher als bemerkenswert *elastisch* erwie-

sen und die forcierten Rationalisierungsinvestitionen der Wirtschaft werden auch künftig namhafte Produktionssteigerungen ermöglichen. Die *Auftragsbestände der Industrie* sind jedenfalls geringer und die *Lieferfristen* kürzer als während der Konjunktur 1955, die allgemein als überhitzt bezeichnet wurde. In einzelnen Bereichen, etwa auf den Märkten für traditionelle Konsumgüter, hinkt die Nachfrage zumindest vorübergehend sogar hinter dem Angebot nach und Händler und Produzenten klagen über einen unzureichenden Absatz.

Ähnliches gilt für die *Preissituation*. Der Index der Verbraucherpreise war in den letzten Monaten durchschnittlich um 1 5% höher als im Vorjahr, wenn man von den stark schwankenden Preisen für Saisonprodukte absieht, die weniger von der Konjunktur als von den jährlichen Ernteschwankungen bestimmt werden. Diese Steigerungsrate entspricht etwa dem langjährigen Durchschnitt und ist eher geringer als in anderen westeuropäischen Staaten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Preise, vor allem die relativ starren Verbraucherpreise, kein sehr verlässlicher Beurteilungsmaßstab für die Konjunktur sind, da sie vielfach erst dann stärker zu steigen beginnen, wenn die Konjunktur ihren Höhepunkt bereits erreicht oder sogar schon überschritten hat. Verschiedene Umstände, wie etwa das Anziehen der Preise im Außenhandel, die Beschleunigung des Lohnauftriebes bei gleichzeitiger Verlangsamung des Produktionsfortschrittes und die geplanten Preis-, Steuer- und Tarifkorrekturen des Bundes im Zusammenhang mit dem Budget 1961 lassen es als möglich erscheinen, daß die Preise künftig etwas stärker steigen werden. Bisher jedoch hatte die Konjunktur hauptsächlich den Charakter einer Mengenkonzunktur.

Unter rein binnenwirtschaftlichen Aspekten erscheint also die österreichische Konjunktur zwar als angespannt, aber im ganzen noch kaum als übersteigert oder überhitzt.

Außenwirtschaftlich bereitet die Zahlungsbilanz Sorge

Dieses Urteil muß jedoch modifiziert werden, wenn man *außenwirtschaftliche Überlegungen* mit einbezieht. Ich habe bereits erwähnt, daß die österreichische *Zahlungsbilanz* heuer voraussichtlich ein Defizit von 2 Mrd. S haben wird. Das bedeutet, daß die österreichische Wirtschaft gegenwärtig um 2 Mrd. S mehr Güter und Leistungen investiert

und konsumiert, als sie selbst erzeugt. Da der Wert der heimischen Produktion identisch ist mit dem Volkseinkommen, kann man auch sagen: *Die österreichische Wirtschaft insgesamt — Verbraucher, öffentliche Haushalte und erwerbswirtschaftliche Betriebe zusammen — gibt gegenwärtig um 2 Mrd. S mehr aus als sie einnimmt und finanziert diesen Ausgabenüberschuß aus den Devisenreserven.*

Dieses Ungleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch plus Investitionen oder zwischen Ausgaben und Einnahmen ist an sich nicht bedenklich, wenn es sich nur um eine *vorübergehende, konjunkturbedingte* Erscheinung handelt und wenn diese Störung verhältnismäßig leicht und bald korrigiert werden kann. Bekanntlich sind die valutatischen Bestände der österreichischen Wirtschaft in den letzten Jahren kräftig gewachsen. Allein die Gold- und Devisenbestände der Notenbank deckten zu Jahresbeginn den Importbedarf von 7 Monaten und reichen gegenwärtig noch immer für Importe von 6 Monaten. Die Anreicherung der Devisenbestände wurde in den letzten Jahren vor allem im Zusammenhang mit der Aufnahme von Auslandsanleihen wiederholt kritisiert. Es wäre daher unlogisch, wenn man in dem Rückgang der valutatischen Bestände um 2 Mrd. S im heurigen Jahr bereits ein Alarmzeichen sähe. Selbst ein weiterer Devisenabfluß in gleicher Höhe im kommenden Jahr würde noch keine besonderen devisenpolitischen Probleme aufwerfen.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß das hohe Zahlungsbilanzdefizit zum Teil durch die mäßige Ernte 1959 verursacht wurde. Dank der heutigen Rekordernte an Brotgetreide, den überdurchschnittlichen Erträgen im Obst- und Gemüsebau und der forcierten Aufzucht von Schlachtschweinen wird der Importbedarf an Nahrungs- und Futtermitteln im Wirtschaftsjahr 1960/61 um fast 1 5 Mrd. S niedriger sein als im Wirtschaftsjahr 1959/60. Der Nettoeffekt auf die Zahlungsbilanz wird allerdings viel geringer sein, da mit der landwirtschaftlichen Produktion die Realeinkommen der Landwirte und zum Teil (sofern die Agrarpreise sinken) auch die der Konsumenten steigen und diese zusätzlichen Einkommen teilweise für Importe gewerblicher Güter ausgegeben werden.

Diese beruhigenden Hinweise müssen allerdings durch zwei Überlegungen ergänzt werden. Die erste ist *konjunkturpolitischer* Art. Ein Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz läßt sich verhältnismäßig leicht korrigieren, solange der Aufschwung der Weltkonjunktur anhält und

die Exporte noch eine deutlich steigende Tendenz zeigen. In diesem Fall braucht *nicht die absolute Höhe* der Importe, sondern *nur ihre Wachstumsrate* etwas gedrosselt werden. Dieser Effekt kann im allgemeinen bereits durch eine mäßige Dämpfung der Binnenkonjunktur erreicht werden, die die Produktion und Beschäftigung der heimischen Wirtschaft nicht oder kaum merklich beeinträchtigt. Der überraschend reibungslose Ausgleich der Zahlungsbilanz im Jahre 1956, nachdem 1955 noch ein Defizit von 1 3 Mrd. S bestanden hatte, war zum Großteil dem Umstand zu danken, daß die österreichische Wirtschaftspolitik damals rechtzeitig — das heißt noch bei aufstrebender Weltkonjunktur — konjunkturdämpfende Maßnahmen einleitete und daher mit verhältnismäßig milden Eingriffen das Auslangen fand. Läßt sich die Wirtschaftspolitik jedoch Zeit und entschließt sie sich erst zu wirksamen Gegenmaßnahmen, wenn die Weltkonjunktur ihren Höhepunkt bereits überschritten hat, dann ist der Ausgleich der Zahlungsbilanz ungleich schwieriger und muß mit viel größeren Einbußen an Produktion und Beschäftigung erkaufte werden. In diesem Fall genügt es nämlich nicht mehr, die *Wachstumsrate* der Importe zu drosseln, sondern die Importe müssen dann auch *absolut* eingeschränkt werden, und zwar stärker als die Exporte infolge der nachlassenden Weltkonjunktur von selbst zurückgehen.

Prüft man im Hinblick auf diese Überlegungen die gegenwärtige Weltkonjunktur, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die österreichische Wirtschaftspolitik voraussichtlich nicht mehr sehr viel Zeit hat, ihr Zahlungsbilanzdefizit reibungslos zu beseitigen.

Die Konjunktur in den USA hat ihren Höhepunkt offensichtlich bereits überschritten. Die Industrieproduktion stagniert dort seit Jahresbeginn, die Stahlkapazität ist nur zur Hälfte ausgenutzt, die Lager nehmen zu, dauerhafte Investitionsgüter werden nur schleppend abgesetzt und die Unternehmer reduzieren ihre Investitionspläne. Die Arbeitslosigkeit ist ungewöhnlich hoch. Es ist zumindest fraglich, ob der Konjunkturrückschlag durch die Senkung der Zinssätze, die vor allem den Wohnungsbau anregt, sowie durch die Erhöhung der Verteidigungsausgaben aufgehalten werden kann. In *Westeuropa* sind die Konjunkturaussichten sicherlich günstiger. Die vorwiegend durch die Knappheit an Arbeitskräften und sachlichen Produktionsmitteln erzwungene Verlang-

samung des Aufschwunges sowie die gleichgerichteten Bemühungen aller Staaten die Auftriebskräfte durch konjunkturdämpfende Maßnahmen unter Kontrolle zu halten, lassen es jedoch als möglich erscheinen, daß die westeuropäische Konjunktur schon im Laufe des Jahres 1961 merklich an Schwung verliert. *Je länger daher das österreichische Zahlungsbilanzdefizit bestehen bleibt, desto größer wird das Risiko, den schließlich unaufschiebbaren Zahlungsbilanzausgleich unter ungünstigen weltwirtschaftlichen Bedingungen vornehmen zu müssen.*

Diese konjunkturpolitischen Erwägungen gewinnen zusätzlich an Gewicht, wenn man sich die *Strukturprobleme* vor Augen hält, die sich für den österreichischen Außenhandel aus der wirtschaftlichen Spaltung Westeuropas in zwei Wirtschaftsblöcke ergeben. Österreich ist bekanntlich aus politischen Gründen sowie in der Hoffnung auf einen baldigen „Brückenschlag“ zwischen beiden Blöcken der EFTA beigetreten, obwohl es wirtschaftlich eindeutig, daran kann nicht gerüttelt werden, zur EWG tendiert. (Österreich führt in die EWG insgesamt gut viermal, Industriewaren allein fast dreimal so viel aus wie in die EFTA.) Zwar sind die österreichischen Exporte 1959 und in der ersten Hälfte 1960 in die bisher vernachlässigten EFTA-Märkte prozentuell viel stärker gestiegen als in die EWG-Länder. In *absoluten* Werten jedoch war die Zunahme der Exporte in die EWG noch immer viel größer als in die EFTA. Daher hat die Zugehörigkeit zur EFTA die Warenstruktur des österreichischen Außenhandels bisher nur wenig verändert. (Die Veränderungen betragen oft nur Bruchteile von Prozenten und halten sich in den Grenzen der in den letzten Jahren zu beobachtenden Zufallschwankungen.) Das ist weiter nicht verwunderlich, denn die *wirklichen Diskriminierungen* waren bis jetzt noch gering. Diese Situation wird sich aber bald ändern. Der beschleunigte Zollabbau und die Kontingentaufstockungen innerhalb der EWG sowie die erste Etappe der Angleichung an den gemeinsamen Außentarif, insbesondere die Aufhebung eines Teiles der konjunkturpolitischen Zollsenkung Westdeutschlands, werden schon in wenigen Monaten die Wettbewerbsbedingungen österreichischer Erzeugnisse insbesondere auf dem deutschen Markt fühlbar verschlechtern. *Die Zollbelastung zahlreicher österreichischer Fertigwaren auf dem deutschen Markt wird ab Jänner 1961 um 3 bis 4% steigen und bis zu 6% höher sein als die Zölle für Waren aus dem EWG-Raum.* Zwölf Monate später folgt der nächste Schlag. Dem Beschleunigungsplan der EWG zufolge wird die EWG bis Ende 1961

ihre Binnenzölle um weitere 10 bis 20% senken, die Kontingente völlig beseitigen und die niederen Zölle einiger Mitgliedstaaten (vor allem Deutschlands) noch näher an den gemeinsamen Außentarif anpassen. *Verschiedene österreichische Industriewaren werden dann im EWG-Raum bereits um 6 bis 9% (einzelne Waren noch stärker) diskriminiert sein*, eine Hürde, die verschiedene Exporteure nicht überspringen werden können. Die Einbußen auf den EWG-Märkten, die aus der wachsenden Diskriminierung österreichischer Waren zu erwarten sind, werden voraussichtlich nur zum Teil durch einen verstärkten Export in die EFTA-Länder wettgemacht werden können, mit denen Österreich aus geographischen und anderen Gründen nur einen verhältnismäßig geringen Warenaustausch pflegt.

Unter diesen Aspekten besteht die Gefahr, daß das zunächst konjunkturbedingte Zahlungsbilanzdefizit zu einem *strukturellen* wird, das auf längere Sicht die Wachstumsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft beeinträchtigen könnte. Diese Konsequenz kann nur vermieden werden, wenn die österreichischen Preise und Lohnkosten möglichst stabil bleiben. Denn nur dann, wenn die Gestehungskosten in Österreich weniger steigen als im EWG-Raum, werden sich die heimischen Exporteure trotz Zolldiskriminierungen auf den für sie lebenswichtigen EWG-Märkten behaupten können.

Ich komme zu folgendem Ergebnis: Der Schlüssel zum Verständnis und zur Beurteilung der gegenwärtigen österreichischen Konjunktur liegt bei der Zahlungsbilanz. Obschon das Defizit bisher kein besorgniserregendes Ausmaß erreicht hat und aus den noch immer reichlichen Devisenbeständen leicht gedeckt werden kann, legen konjunkturpolitische und strukturpolitische Erwägungen nahe, die sehr virulente heimische Konjunktur soweit zu dämpfen, daß der Einfuhrsog nachläßt und die heimische Wirtschaft durch möglichst stabile Produktionskosten die Chance erhält, die Zollmauern der EWG zu überspringen. *Von der Zahlungsbilanz her gesehen muß jedenfalls die heimische Konjunktur als überspannt bezeichnet werden*, selbst wenn sich die heimische Produktion im allgemeinen noch als elastisch erweisen sollte, in einzelnen Bereichen noch freie Kapazitäten bestehen und sich der Preisauftrieb bisher in mäßigen Grenzen gehalten hat.

Instrumente der Konjunktursteuerung

Das Defizit in der Zahlungsbilanz bedeutet, daß die österreichische Wirtschaft insgesamt mehr ausgibt als einnimmt. Der Ausgabenüberschuß setzt sich im einzelnen zusammen aus dem Ausgabenüberschuß der öffentlichen Verwaltung oder dem Budgetdefizit und aus dem Ausgabenüberschuß der Unternehmungen, die einen Teil ihrer Investitionen mit Hilfe von Bankkrediten oder aus Kassenreserven finanzieren. Der Ausgabenüberschuß dieser beiden Sektoren wird nur zum Teil durch den Einnahmenüberschuß der privaten Haushalte kompensiert, die einen Teil ihrer Einkommen nicht für Konsumzwecke ausgeben, sondern sparen. *Damit sind auch die Ansatzpunkte für wirtschaftspolitische Interventionen gegeben.* Um ein Gleichgewicht zwischen Gesamtausgaben und Gesamteinnahmen in der Gesamtwirtschaft wieder herzustellen, müßten die Ausgabenüberschüsse der öffentlichen Hand und der Unternehmungen vermindert und wenn möglich gleichzeitig die Einnahmenüberschüsse (die Sparrate) der privaten Haushalte erhöht werden. Je gleichmäßiger die Lasten auf diese drei Bereiche verteilt werden, desto leichter fallen die Anpassungen, die jedem einzelnen zugemutet werden müssen.

Förderung des privaten Sparens wünschenswert

Zunächst zum *Sparen der privaten Haushalte*. Die private Spartätigkeit hängt in erster Linie vom Einkommen und in zweiter Linie von tief eingewurzelten psychologischen Verhaltensweisen ab, die sich nur schwer durch wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflussen lassen. Dennoch kann die Wirtschaftspolitik auch auf diesem Gebiete einiges tun. Sie kann zunächst rein negativ die Ausgabenmöglichkeiten der privaten Haushalte beschränken, indem sie das Angebot an Konsumkrediten verknappt. Eine *Beschränkung des Teilzahlungskredites* würde die Zahlungsbilanz unmittelbar entlasten, da die mit diesen Krediten beschafften dauerhaften Konsumgüter überwiegend importiert werden. Aber auch ein positives *Sparförderungsprogramm* wäre nicht chancenlos, sofern man den unteren und mittleren Einkommensschichten genügend steuerliche Anreize bietet und nicht — wie etwa gegenwärtig beim Erwerb von Anleihen des Bundes und der Elektrizitätswirtschaft — die Ersparnisse übermäßig lange bindet. Eine verstärkte Spartätigkeit

der privaten Haushalte wäre im übrigen nicht nur aus konjunkturpolitischen Erwägungen ratsam, sondern hätte überdies die sozialpolitisch wünschenswerte Nebenwirkung einer breiteren Vermögensstreuung. *Die gegenwärtig in der Wirtschaft vorherrschende Methode der Selbstfinanzierung von Investitionen aus hohen Gewinnen bewirkt obnehin eine ständige Zunahme der Vermögenskonzentration, die auf die Dauer ernste soziologische und politische Probleme aufwerfen könnte.*

Durch Förderung der privaten Spartätigkeit allein läßt sich allerdings das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen nur teilweise herstellen, zumal die gegenwärtige Konjunkturlage relativ rasche Anpassungen erfordert. Das Schwergewicht muß offenbar auf Maßnahmen liegen, die die Ausgabenüberschüsse der öffentlichen Hand und der Unternehmungen verringern. Damit kommen wir zu den traditionellen Instrumenten der Konjunktursteuerung: Budgetpolitik und Kreditpolitik.

Konjunkturorientierte Budgetpolitik erfordert für 1961 mindestens ein ausgeglichenes Budget

Die österreichische *Budgetpolitik* wurde während der internationalen Rezession 1958 bewußt zum Zwecke der Konjunkturstabilisierung eingesetzt. Während der Gesamtabgang im Bundeshaushalt in den Jahren 1955 bis 1957 zwischen 1 0 und 1 5 Mrd. S geschwankt hatte, wurde 1958 aus konjunkturpolitischen Erwägungen ein verhältnismäßig hohes Defizit von fast 5 5 Mrd. S in Kauf genommen. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß diese Politik im Grunde richtig war. Sie hat entscheidend dazu beigetragen, daß die österreichische Wirtschaft von der internationalen Rezession nur am Rande berührt wurde, obwohl der österreichische Export verhältnismäßig stark (— 7%) zurückging.

Das Wesen der konjunkturorientierten Budgetpolitik besteht jedoch nicht nur darin, daß der Staat in Zeiten schwacher Konjunktur die private Nachfrage durch vermehrte öffentliche Aufträge und Steuersenkungen stützt. Er muß auch umgekehrt in Zeiten lebhafter Konjunktur durch eine vorsichtige Ausgabenpolitik und nötigenfalls durch Steuererhöhungen dafür sorgen, daß die konjunk-

turellen Auftriebskräfte nicht überhandnehmen und Überschüsse gebildet werden, aus denen die zusätzlichen Staatsschulden, die in Zeiten schwacher Konjunktur aufgenommen wurden, zumindest teilweise getilgt werden können.

Dieser zweite Schritt — die Anpassung der Budgetpolitik an die Erfordernisse der Hochkonjunktur — ist bisher, offen gesprochen, nicht geglückt. Im Jahre 1959 betrug das Gesamtdefizit im Staatshaushalt noch 3·9 Mrd. S, obwohl die Konjunktur bereits eine deutlich aufsteigende Tendenz zeigte. Für 1960 wurde zwar nur ein bescheidenes Defizit von 1·1 Mrd. S präliminiert. Die veranschlagten Ausgaben werden jedoch überschritten werden, da es nicht möglich war, die Investitionen im vorgesehenen Umfang einzuschränken. Vor allem für die Fortführung bereits begonnener Investitionen im Bereiche Bahn, Post und Straßenbau, deren Einstellung größere Verluste verursacht hätte, wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Selbst wenn die veranschlagten Einnahmen erreicht werden sollten — was auf Grund der bisherigen Gebarungsergebnisse noch keineswegs sicher erscheint —, muß für 1960 wieder mit einem größeren Gebarungsabgang im Bundeshaushalt gerechnet werden.

Nach den bisherigen Budgetverhandlungen ist aber auch für 1961 ein defizitärer Staatshaushalt zu erwarten. Der bisher ventilierte Budgetentwurf (in dem die Rentenerhöhungen noch nicht berücksichtigt sind) sieht Ausgaben von etwa 46 Mrd. S und laufende Einnahmen von nur 44 Mrd. S vor, obwohl der Mehrerlös verschiedener Steuer- und Tarifierhöhungen bereits in Rechnung gestellt wurde. Der Abgang im ao. Haushalt von etwa 2 Mrd. S soll wie bisher durch Kreditoperationen gedeckt werden. Der Finanzminister hat erklärt, daß er angesichts der wachsenden Anforderungen wirtschaftlicher und politischer Interessengruppen an den Staatshaushalt kaum für möglich hält, in der Hochkonjunktur Budgetüberschüsse zu erzielen, aus denen die Staatsschuld vermindert oder Reserven für eine künftige Konjunkturabschwächung angelegt werden könnten.

Unter diesen Umständen droht die konjunkturorientierte Finanzpolitik zu einer „Einbahnstraße“ zu werden. Sie wirkt nicht mehr ausgleichend zwischen guten und schlechten Konjunkturjahren, sondern nur noch stimulierend, und

zwar nicht nur bei nachlassender Konjunktur, sondern auch in guten Konjunkturjahren. Damit aber wirkt sie über den ganzen Konjunkturzyklus eindeutig expansiv und wird zu einer Gefahr für die innere und äußere Stabilität der Wirtschaft.

Ich verkenne keineswegs die *politischen Schwierigkeiten* einer zielstrebigen antizyklischen Finanzpolitik. Auch in anderen Ländern wird mit diesem Problem mit wechselndem Erfolg gerungen. Ich möchte jedoch nachdrücklich auf die Folgen eines wirtschaftspolitischen Versagens auf diesem Gebiete aufmerksam machen. Wenn es nicht gelingt, die Defizite in Zeiten schwacher Konjunktur zumindest teilweise durch Überschüsse in guten Konjunkturjahren auszugleichen, wird man früher oder später gezwungen sein, von der konjunkturorientierten Finanzpolitik überhaupt abzurücken. Man wird dann wieder zur traditionellen Politik des jährlich ausgeglichenen Budgets — allenfalls mit einem geringen Defizit im außerordentlichen Haushalt — zurückkehren müssen, nicht etwa weil ein jährlicher Budgetausgleich wirtschaftlich sinnvoll wäre — die moderne Nationalökonomie hat überzeugend nachgewiesen, daß gerade das Gegenteil richtig ist —, sondern weil die Befolgung der traditionellen Deckungsregeln auf die Dauer weniger Schaden stiftet als eine einseitig angewandte und politisch mißbrauchte „konjunkturorientierte“ Finanzpolitik. Damit würde man aber auf das wichtigste Instrument der modernen Konjunkturpolitik verzichten, das nicht oder jedenfalls nur sehr unzulänglich durch andere Instrumente ersetzt werden kann. Das bedeutet, daß man am Ende auch die Vollbeschäftigung preisgeben würde.

Ich kann mich daher nicht der resignierenden Auffassung anschließen, daß eine konjunkturorientierte Finanzpolitik zwar theoretisch und volkswirtschaftlich richtig, aber politisch-praktisch undurchführbar sei. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß auch in unserem demokratischen Gemeinwesen die politischen Voraussetzungen für wirtschaftlich vernünftige Maßnahmen geschaffen werden können, wenn sich die politischen Parteien ihrer gesamtwirtschaftlichen

Verantwortung bewußt sind und die Staatsbürger über die wirtschaftlichen Zusammenhänge sachlich informiert und aufgeklärt werden.

Bemerkungen zur gegenwärtigen Budgetpolitik

Zum Abschluß noch einige ergänzende Bemerkungen zur gegenwärtigen Budgetproblematik.

Der anlässlich von Budgetverhandlungen regelmäßig auftauchende Plan, die nicht mehr zeitgemäßen *Milch- und Brotpreissubventionen* (rd. 1 1/2 Mrd. S) abzubauen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn man diesen riesigen Betrag mit einem Schlage auf die Konsumenten abwälzen will. Da diese Maßnahme unvermeidlich das gesamte Preis-Lohn-Gefüge in Unordnung brächte, verschwindet auch die Idee eines Subventionsabbaus immer wieder rasch von der Bildfläche. Würde man jedoch die Agrarpreissubventionen in einem *längeren Zeitraum*, etwa im Laufe von 10 Jahren, planmäßig abbauen, müßte man den Milch- und Brotpreis alternierend nur jedes zweite Jahr um 10 Groschen erhöhen. (Eine Verteuerung der Trink- und Verarbeitungsmilch um 10 Groschen je Liter bringt pro Jahr ungefähr 160 Mill. S, eine Erhöhung des Brotpreises um 10 Groschen je Kilogramm — beliebig aufgeteilt auf Schwarz- und Weißgebäck — pro Jahr rd. 80 Mill. S.) Auf diese Weise könnte das Budget im Laufe von 10 Jahren von 800 Mill. S Milch- und 400 Mill. S Brotpreissubventionen entlastet werden. Eine solche Belastung würde sich im Lebenshaltungskostenindex minimal auswirken und könnte allen Bevölkerungsschichten zugemutet werden, wenn man bedenkt, daß die Masseneinkommen in den vergangenen Jahren durchschnittlich um 8% gestiegen sind (und wahrscheinlich auch künftig in ähnlichem Ausmaß steigen werden).

Die im letzten Augenblick in die Budgetdebatte geworfene *Rentenreform* droht, nachdem der Finanzminister unter verständnisvollster Berücksichtigung der dringendsten Bedürfnisse der einzelnen Ressorts den Ausgabenrahmen für 1961 mit maximal 46 Mrd. S festgesetzt hatte, eine konjunkturgerechte Budgetpolitik vollends unmöglich zu machen. Zweifellos ist die Rentenreform ein echtes nationales Anliegen. Sie kann jedoch nur nach gründlichster Vorbereitung, sorgfältigster Durchrechnung verschiedener Varianten und im Einklang mit den langfristigen

Wachstumsmöglichkeiten der österreichischen Wirtschaft im Rahmen eines „Long-term-Finanzierungsplanes“ volkswirtschaftlich befriedigend gelöst werden.

Ähnlich verhält es sich mit der in den vergangenen Monaten laut geforderten *Schul- und Studienreform*, die für die Zukunft unseres Landes entscheidende Bedeutung besitzt und der volkswirtschaftlich und staatspolitisch wohl eine noch höhere Priorität zukommt als der Rentenreform. Leider scheint sie im Wettlauf der wirtschaftlichen Interessengruppen um einen möglichst großen Anteil an den Budgetmitteln ganz ins Hintertreffen geraten zu sein.

Geld- und kreditpolitische Maßnahmen wichtig, aber nur beschränkt wirksam

Wie die Dinge gegenwärtig liegen, ruht die Hauptlast der Konjunkturstabilisierung zunächst auf der *Geld- und Kreditpolitik*. Tatsächlich wurde der Liquiditätsspielraum des Kreditapparates teils infolge der passiven Zahlungsbilanz und teils infolge der Erhöhung der Mindestreserven seit dem Herbst letzten Jahres stark eingeschränkt und die Geld- und Kapitalmärkte haben sich merklich angespannt. Die Verknappung des Angebotes an Notenbankgeld hatte jedoch bisher kaum Einfluß auf das kommerzielle Kreditvolumen, sondern hat zunächst nur den Markt für kurz- und langfristige Staatspapiere beeinträchtigt, so daß der Staat, dessen Finanzierungsbedarf durch das Budgetdefizit vorgegeben ist, in beträchtliche Finanzierungsschwierigkeiten geraten ist. Die Ausweitung des kommerziellen Kreditvolumens hat sich bis Ende Juli sogar beschleunigt. Erst im Monat August hat die Kreditexpansion merklich nachgelassen. Es ist augenblicklich noch zu früh, darin bereits eine Umkehr der bisherigen Tendenz zu sehen. Die Erfahrungen sprechen dafür, daß das Tempo der Kreditausweitung innerhalb sehr weiter Grenzen durch die Entwicklung der kreditwürdigen Nachfrage bestimmt wird, die ihrerseits wieder von der Konjunktur abhängt, und nur sehr extreme Veränderungen der Liquidität die Kreditunternehmungen veranlassen, die Kriterien ihrer Kreditauslese zu verändern. Das schließt nicht aus, daß auch die kommerzielle Kreditexpansion früher oder später eingeschränkt wird, vor allem wenn die passive Zahlungsbilanz den Liquiditätsspielraum der Institute weiter verknappet und die Notenbank „hart“ bleibt, d. h. nur jene Wechsel refinanziert, die sie auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen übernehmen muß. Die

Kreditpolitik ist jedoch kein leicht anwendbares und auf Antrieb wirksames Instrument, von dem man sich Wunderdinge erwarten darf. Sie gleicht vielmehr einer Bremse, deren Totgang man nicht kennt und von der man nicht weiß, wie groß ihre Bremsverzögerung ist und ob sie nicht unvermutet blockiert.

Unter diesen Umständen erscheint eine konjunkturpolitische Besinnung dringend geboten. Aktive Konjunkturpolitik ist keine leichte Aufgabe, die man nebenbei, gleichsam mit der linken Hand, bewältigen kann, sondern erfordert eine weitsichtige gesamtwirtschaftliche Orientierung und muß von langer Hand vorbereitet und systematisch gepflegt werden.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak. Alle Wien, I, Hoher Markt 9.
Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), Wien, IX, Alser Straße 24

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Monatsberichte, Jg. I—XXXIII (1927—1960)

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 1 *Die wirtschaftliche Lage Englands Juni 1947.*
Nr. 2 *Das Kraftfahrwesen Österreichs im Jahre 1947. August 1947*
Nr. 3 *Die wirtschaftliche Lage Ungarns November 1947*
Nr. 4 *Die Ernährungsbilanz Österreichs im Wirtschaftsjahr 1946/47 Dezember 1947*
Nr. 5 *Gegenwartsprobleme der Weltwirtschaft. Jänner 1948*
Nr. 6 *Das Außenhandelsvolumen Österreichs im Jahre 1947. Februar 1948*
Nr. 7 *Das österreichische Preissystem und seine Veränderungen nach dem Währungs-
schutzgesetz. April 1948.*
Nr. 8 *Die österreichische Lohnpolitik seit Kriegsende. März 1949.*
Nr. 9 *Der Index der österreichischen Industrieproduktion. November 1949.*
Nr. 10 *Der Preisindex für Bauleistungen. April 1950.*
Nr. 11 *Beschäftigung und Produktivität im österreichischen Bergbau von 1913 bis
1959 Juli 1950.*
Nr. 12 *Ertragssteigerung der österreichischen Landwirtschaft durch intensivere Ver-
wendung von Handelsdünger August 1951*
Nr. 13 *Österreichs Beschäftigtenstruktur in den Jahren 1938, 1948 u 1950. Jän. 1951.*
Nr. 14 *Ein neuer Index der Einzelhandelsumsätze. April 1951.*
Nr. 15 *Das fünfte Preis-Lohn-Abkommen. August 1951*
Nr. 16 *Österreichs Außenhandel seit Ausbruch des Koreakonfliktes. September 1951.*
Nr. 17 *Lohnkosten und Wettbewerbslage Juli 1952.*
Nr. 18 *Die Krise in der österreichischen Textilindustrie. November 1952.*
Nr. 19 *Die Stellungnahme der Exportindustrie zur Kursvereinheitlichung Mai 1953.*
Nr. 20 *Österreich und das europäische Zahlungsbilanzproblem. Juli 1953*
Nr. 21 *Ein Index der Bruttoinvestitionen. August 1953.*
Nr. 22 *Zur Frage des Wohnungsdefizites in Österreich. Oktober 1953*
Nr. 23 *Wirtschaftliche Aspekte der österr. Bevölkerungsentwicklung Nov 1953.*
Nr. 24 *Zur Reform des österreichischen Zolltarifes. Februar 1954.*
Nr. 25 *Österreichs Eisenexport und die Montan-Union. April 1954.*
Nr. 26 *Die Belastung der Lebenshaltungskosten mit indirekten Steuern. Mai 1954*
Nr. 27 *Die österreichische Wohnungswirtschaft. Oktober 1954*
Nr. 28 *Der Teilzahlungskredit in Österreich Oktober 1954.*
Nr. 29 *Die Kapazitätsreserven der österreichischen Industrie März 1955.*
Nr. 30 *Lohnkosten und Produktivität in Österreich und im Ausland. Juni 1955.*
Nr. 31 *Die österreichische Konjunktur Mitte 1955 Juni 1955.*
Nr. 32 *Zur Statistik der Lohneinkommen. Juli 1955*
Nr. 33 *Österreichs Wirtschaftsverkehr mit der Sowjetunion. Dezember 1955*
Nr. 34 *Zur Kreditversorgung der österreichischen Industrie. Eine Sondererhebung
des Konjunkturtestes. Dezember 1955*
Nr. 35 *Die österreichische Mühlenwirtschaft. April 1956.*
Nr. 36 *Das Volkseinkommen in den Jahren 1954 und 1955 Mai 1956.*
Nr. 37 *Produktionsvolumen und Produktivität der österr Landwirtschaft. Juni 1956.*
Nr. 38 *Vergleich der Wohnungsbaukosten in Österreich und der Deutschen Bundes-
republik. Juli 1956*
Nr. 39 *Die österreichische Brauindustrie. September 1956.*
Nr. 40 *Neuberechnung des Index der Einzelhandelsumsätze. September 1956.*
Nr. 41 *Preise und Austauschrelationen im österreichischen Außenhandel 1924 bis 1955.
Oktober 1956.*
Nr. 42 *Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr seit dem Staatsvertrag
November 1956.*
Nr. 43 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1955 Dezember 1956.*
Nr. 44 *Der künftige Bedarf an Personenkraftwagen in Österreich. März 1957*
Nr. 45 *Der technische und naturwissenschaftliche Nachwuchs in Österreich April
1957.*
Nr. 46 *Der österreichisch-sowjetische Wirtschaftsverkehr im Jahre 1956. Mai 1957*
Nr. 47 *Die Wertschöpfung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft in den
Jahren 1937 und 1949 bis 1956. Juli 1957.*
Nr. 48 *Probleme der österreichischen Elektrizitätswirtschaft. Oktober 1957.*
Nr. 49 *Der Obst-, Gemüse- und Weinbau Österreichs in einem integrierten europä-
ischen Markt. Oktober 1957*
Nr. 50 *Lohneinkommen und Lohnstruktur in Österreich. November 1957.*
Nr. 51 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1956 Dezember 1957.*

Fortsetzung 4 Umschlagseite

Veröffentlichungen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung seit dem Jahre 1945

Fortsetzung

Beilagen zu den Monatsberichten

- Nr. 52 *Die Schichtung der persönlichen Einkommen in Österreich. Juli 1958.*
- Nr. 53 *Der österreichische Osthandel. August 1958.*
- Nr. 54 *Löhne, Gehälter u. Masseneinkommen in Österreich 1950/57. Oktober 1958.*
- Nr. 55 *Der Güter-Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen in Industrie und Großhandel. November 1958.*
- Nr. 56 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1957. Dezember 1958.*
- Nr. 57 *Einkommenselastizitäten im österreichischen Konsum. Februar 1959.*
- Nr. 58 *Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes in Österreich. Februar 1959.*
- Nr. 59 *Die Automatisierung des Fernsprechverkehrs in Österreich. September 1959.*
- Nr. 60 *Die Verteilung des Volkseinkommens nach Bundesländern. Dezember 1959.*
- Nr. 61 *Österreichs Volkseinkommen im Jahre 1958. Dezember 1959.*
- Nr. 62 *Die langfristigen Probleme der österreichischen Forst- und Holzwirtschaft. Februar 1960.*
- Nr. 63 *Auswirkungen der EWG und der EFTA auf den österreichischen Außenhandel. Juli 1960.*
- Nr. 64 *Entwicklung, Struktur und Tendenzen der österreichischen Energieversorgung. Oktober 1960.*

Sonderhefte

- Nr. 1 *Gedanken zur Neuordnung der österreichischen Währung. 1945. (Vergriffen.)*
- Nr. 2 *Die Energiegrundlagen der österreichischen Wirtschaft. März 1946.*
- Nr. 3 *Der Wiener Wohnungsbedarf und die Wohnbaufinanzierung. November 1946.*
- Nr. 4 *Umstellung der Wirtschaft auf heimische Energiequellen. Mai 1947.*
- Nr. 5 *Gesamtschau der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1947. April 1948.*
- Nr. 6 *Die Produktivität der österreichischen Industrie. Mai 1949.*
- Nr. 7 *Gesamtschau der österr. Wirtschaft in den Jahren 1948/49. Sept. 1959.*
- Nr. 8 *Die österreichische Papierindustrie. März 1951.*
- Nr. 9 *Wie wirkt die Ausgabe einer zusätzlichen Milliarde Schilling? März 1956.*
- Nr. 10 *Die österreichische Erdölwirtschaft. Februar 1957. (Vergriffen.)*
- Nr. 11 *Zur Berechnung von Indizes der Produktivität. Dezember 1957.*
- Nr. 12 *Neue Indizes der Verbraucherpreise. April 1959.*

Schriftenreihe „Vorträge und Aufsätze“

- Nr. 1 *Dr. Franz Nemschak: Hauptprobleme der österreichischen Wirtschaftspolitik. Februar 1947.*
- Nr. 2 *Dr. Rolf Grünwald: Zur Methodik der Wirtschaftsplanung. April 1947.*
- Nr. 3 *Dr. Franz Nemschak: Österreichs Weg aus der Bewirtschaftung zur Marktwirtschaft. Oktober 1948.*
- Nr. 4 *Dr. Franz Nemschak: Der Weg zu einem gesamtwirtschaftlichen Konzept. Dezember 1951.*
- Nr. 5 *Zum 25jährigen Bestand des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. November 1952.*
- Nr. 6 *Dr. Franz Nemschak: Österreichs Wirtschaft im Übergang von der Stabilisierung zur Expansion. April 1953.*
- Nr. 7 *Dr. Franz Nemschak: Öffentliche und private Wirtschaft im Dienste der Gesamtwirtschaft. Oktober 1953.*
- Nr. 8 *Dr. Franz Nemschak: Liberalisierung und Zollpolitik in Österreich. Juli 1954.*
- Nr. 9 *Dr. Franz Nemschak: Investitionsfinanzierung und Kapitalmarkt. Okt. 1954.*
- Nr. 10 *Dr. Franz Nemschak: Konjunkturstabilisierung, gegenwärtig das Hauptproblem der österreichischen Wirtschaftspolitik. November 1954.*
- Nr. 11 *Dr. Franz Nemschak: Österreichs Wirtschaft nach dem Staatsvertrag. Längerfristige Aspekte. Dezember 1955.*
- Nr. 12 *Dr. Franz Nemschak: Die Zukunft der österreichischen Wirtschaft. Österreich und die europäische Integration. September 1959.*
- Nr. 13 *Dr. Franz Nemschak: Aspekte der österreichischen Konjunkturpolitik im Herbst 1960. Okt. 1960.*

Dr. Franz Nemschak: *Zehn Jahre österreichische Wirtschaft 1945—1955. Österreich und die europäische Integration.* Wien 1957.
Österreichs Industrie und der europäische Markt, 1. Teil Wien 1957.
Österreichs Industrie und der europäische Markt, 2. Teil. Wien 1958

